

Ressort: Politik

Stegner will mit Union beim Familiennachzug nachverhandeln

Berlin, 23.01.2018, 07:10 Uhr

GDN - SPD-Vize Ralf Stegner hat den Beschluss des SPD-Parteitags zum Familiennachzug für subsidiär geschützte Flüchtlinge präzisiert. "Wir brauchen eine Härtefallregelung und wir müssen auch noch einmal über das Kontingent sprechen", sagte Stegner der "Rheinischen Post" (Dienstagsausgabe).

"Das Kontingent muss größer werden", sagte er, "und die Regelungen außerhalb des Kontingents müssen großzügiger gestaltet werden." Es gehe um Menschen aus Syrien, Eritrea, Irak und Afghanistan. Nach Schätzungen gebe es aktuell etwa 60.000 Menschen, die für diesen Familiennachzug infrage kommen könnten. Während der Sondierungen hatten sich Union und SPD darauf geeinigt, dass monatlich 1.000 Menschen im Rahmen des Familiennachzugs für subsidiär Schutzbedürftige kommen dürfen. Der Familiennachzug soll demnach möglich sein, wenn Ehen vor der Flucht geschlossen wurden, keine schwerwiegende Straftat begangen wurde, es sich nicht um Gefährder handelt und eine Ausreise nicht kurzfristig zu erwarten ist.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-101012/stegner-will-mit-union-beim-familiennachzug-nachverhandeln.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com